

Lenin nannte es «Zersetzung»

Wenn Polizisten als «Müll» bezeichnet und Sicherheitsbehörden pauschal des Rassismus bezichtigt werden, ist dies der Versuch, die freiheitlichen Demokratien zu beschädigen. Das Vorgehen folgt einer klassischen Methode der Linksextremisten. *Von Hans-Georg Maassen*

In den letzten Wochen war viel von Polizeigewalt und Rassismus in der Polizei die Rede. Anlass dafür war die Tötung von George Floyd durch einen Polizisten in Minneapolis. Wie auf Knopfdruck entflammte die «Black Lives Matter»-Bewegung von neuem, die weltweit erheblich mobilisieren konnte. In diesem Zusammenhang wurde Polizeibehörden in verschiedenen westlichen Staaten der Vorwurf des Rassismus und der Diskriminierung von Menschen anderer Hautfarbe und Herkunft gemacht. Dabei ging es nicht um Einzelfälle von polizeilichem Fehlverhalten, sondern den Behörden wurde pauschal unterstellt, rassistisch zu sein.

In Deutschland sprachen Politiker der linken Parteien von institutionellem oder latentem Rassismus bei der Polizei. Das von den Linksparteien dominierte Stadtparlament von Berlin erliess im Juni ein «Antidiskriminierungsgesetz», dem zufolge Polizisten die Beweislast dafür tragen, dass ihre polizeilichen Massnahmen nicht diskriminierend sind. Diese politischen Angriffe auf die Polizei werden flankiert durch eine entsprechende Berichterstattung in den linken Mainstream-Medien. In der linken *Tageszeitung* schrieb am 15. Juni eine Kolumnistin, dass Polizisten auf die Müllhalde gehören, wo sie nur von Abfall umgeben sind, weil sie sich unter ihresgleichen am wohlsten fühlen.

Streben nach dem totalitären Staat

Was man mit Müll machen darf, weiss jedes Kind und jeder sogenannte Partygänger. Mehrere hundert Personen, die überwiegend Migrationshintergrund hatten (politisch korrekt: «Party- und Event-Szene»), griffen am 20. Juni in Stuttgart Polizisten an und verwüsteten ganze Strassenzüge. Neunzehn Polizisten wurden verletzt. Das Bundeskriminalamt veröffentlichte Ende Mai ein Lagebild über Gewalt gegen Polizisten. Dem Bericht zufolge wurden im Jahr 2019 von den 320 000 Polizisten über 80 000 Opfer einer Gewalttat, das heisst durchschnittlich 220 jeden Tag. Im Vergleich zum ersten Lagebild für das Jahr 2011 eine Steigerung um 47,6 Prozent. Diese Zahlen fanden kaum Aufmerksamkeit in den Medien.

Ganz anders der Umgang linker Politiker und ihrer Medien gegenüber linksextremistischen Organisationen. Als Präsident Trump die Antifa als terroristische Organisation bezeichnete, erklärten führende linke Politiker

in Deutschland die Solidarität mit dieser teilweise gewalttätigen linksextremistischen Bestrebung. Kurz gesagt: linke Solidarität mit Linksextremisten, dagegen werden Polizisten als Repräsentanten des Rechtsstaates diskreditiert und diffamiert.

Warum wird die Polizei von linker Seite so behandelt? Wieso dieser Hass und dieses Misstrauen und wieso die Gleichgültigkeit gegen-



Wieso dieser Hass und dieses Misstrauen?

über den Polizisten, die Opfer von Gewalt wurden? Es ist weder Dummheit noch Zufall, dieses Verhalten folgt einer Methode. Vermutlich sind sich einige Linke dessen noch nicht einmal bewusst, weil sie einfach im

Warum wird die Polizei von linker Seite so behandelt? Es ist weder Dummheit noch Zufall.

Mainstream mitschwimmen. Um das zu verstehen, muss man wissen, dass die ideologischen Linksextremisten in den linken Milieus mit ihren Themen einflussreich sind. Sie streben einen totalitären Staat an, in dem eine kleine Gruppe von politisch Gläubigen ihre ideologischen Ziele ohne und gegen die Bevölkerungsmehrheit durchsetzen kann.

Auch wenn viele Linke nicht so weit gehen, so adaptieren sie doch viele ihrer Themen. Der Begriff Sozialismus wird weitgehend vermieden, weil er politisch belastet ist. Die Strategie der

Linken hat sich aber nicht geändert. Sie besetzen Themen, mit denen sie Massen mobilisieren und die bürgerlichen Demokratien diskreditieren und bekämpfen können. Dazu zählen Themen wie Antirassismus, Antifaschismus, Antiglobalismus, Antiimperialismus, Ökologismus und Feminismus. Diese Themen machen den Linksextremismus anschlussfähig an die linke und linksliberale bürgerliche Gesellschaft. Wer ist nicht gegen Rassismus, Faschismus oder Umweltzerstörung? Mit diesen Themen kann man Menschen aufpeitschen.

Geschwächte Institutionen

Sie dienen aber nicht nur der Mobilisierung, sondern sie sind auch Kampfbegriffe, um die freiheitlichen Demokratien unter Druck zu setzen. Lenin nannte die Methode «Zersetzung», wenn durch echte oder erfundene Enthüllungen und durch pauschale Vorwürfe die demokratischen Institutionen in den Augen der Bevölkerung unglaubwürdig gemacht werden. Ein Systemwechsel ist umso leichter, wenn die Institutionen so unglaubwürdig und geschwächt sind, dass die Bürger das Vertrauen in die Demokratie verlieren, und wenn die Sicherheitsbehörden nicht mehr in der Lage sind, ihren Aufgaben nachzukommen.

Mit Pauschalvorwürfen wie einem institutionellen Rassismus oder Faschismus wird versucht, die Polizeibehörden zu diskreditieren und damit die freiheitlichen Demokratien zu beschädigen. Dies ist eine klassische Methode der Linksextremisten. Die demokratische Linke muss dies begreifen und sich davon distanzieren. Sie muss begreifen, dass der Feind nicht nur rechts, sondern auch links steht.

Das Bürgertum ist gewohnt, Kritik ernst zu nehmen. Wir müssen aber auch begreifen, dass eine pauschale unberechtigte Kritik vom Linksextremismus instrumentalisiert wird, um unsere freiheitlichen Demokratien zu beschädigen. Es verbietet sich, diese Kritik ernst zu nehmen, und es verlangt, dass wir uns schützend vor die angegriffenen Institutionen stellen.

Hans-Georg Maassen war Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Maassen ist Mitglied der CDU.